

14 FRAGEN

Faktencheck zur Vermögensteuer



1. Wie hoch war das Aufkommen der Vermögensteuer?

- Über die gesamte Zeit verharrte das Aufkommen aus der Vermögensteuer stets bei etwa einem Prozent der Gesamtsteuereinnahmen. Bei der letztmaligen Erhebung der Vermögensteuer im Jahr 1996 waren dies 4,62 Milliarden EUR.
- **Fazit: Die Vermögensteuer leistete bei ihrer bisherigen Erhebung einen nur geringen Beitrag zur Finanzierung der Staatsausgaben.**



2. Warum wurde die Vermögensteuer nicht mehr erhoben?

- Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 1995 entschieden, dass eine unterschiedliche steuerliche Belastung von Grundbesitz und sonstigem Vermögen nicht mit dem Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar sei. Darüber hinaus hat das BVerfG festgestellt, dass die Vermögensteuer zu einer zu hohen Zusatzbelastung geführt hat (nicht mehr in der Nähe der Hälfte des sog. Sollertrages). Der Gesetzgeber hat die verfassungsgerichtliche Frist zur gesetzlichen Änderung bewusst verstreichen lassen, so dass die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben wird.
- **Fazit: Eine verfassungsgemäße Vermögensteuer wäre aufgrund der Belastungswirkung verfassungsrechtlich fragwürdig und würde aufgrund der einheitlichen Bewertungsvorgaben im Sinne des Gleichheitssatzes eine umfassende Neuregelung mit einem enormen Bewertungs- und administrativen Aufwand erfordern.**



3. Was waren die Hauptgründe der BVerfG-Entscheidung?

- Beanstandet hat das BVerfG 1995 die ungleiche Belastung der verschiedenen Vermögensarten. Beispielsweise wurde das Immobilienvermögen gleichheitswidrig niedriger bewertet und demnach auch geringer belastet als Kapital- und sonstiges Vermögen, wie Kunstgegenstände etc. Zudem hat die Vermögensteuer aufgrund ihrer Zusatzbelastung die verfassungsrechtlich zulässige Belastungsgrenze überschritten (deutlich über 50 Prozent des sog. Sollertrags).

- ▶ **Fazit: Die BVerfG-Entscheidung würde die Einhaltung der Belastungsgrenze sowie eine aufwändige verkehrswertorientierte Bewertung aller Vermögensarten, wie Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstiger Vermögensgegenstände erfordern.**



4. Welche Parteien / NGOs fordern eine Vermögensteuer?

- Die SPD hat sich für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ausgesprochen. Die Linkspartei fordert sogar einen noch höheren Steuersatz als die SPD, nämlich fünf statt einem Prozent und darüber hinaus wird eine Vermögensabgabe gefordert. Auch die Grünen sprechen sich für die Wiedererhebung der Vermögensteuer aus.
 - Aber auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) gehört zu den Befürwortern der Vermögensteuer. Darüber hinaus gibt es vereinzelte Initiativen, wie beispielsweise Vermögensteuer jetzt!
 - Auf der anderen Seite spricht sich die CDU klar gegen eine Vermögensteuer aus. Auch die CSU verwirft Forderung zur Wiedererhebungen der Vermögensteuer und lehnt diese klar ab. In gleicher Richtung bezieht die FDP ebenfalls klare Position gegen eine Wiedererhebung der Vermögensteuer.
- ▶ **Fazit: Während sich einige Parteien für die Vermögensteuer aussprechen, gibt es in der politischen Landschaft auch klare Gegner der Vermögensteuer, die die Finanzierung des Staatshaushaltes über andere, verfassungsfeste Steuern sichern möchten.**



5. Wie viele OECD-Staaten haben eine Vermögensteuer?

- Die Vermögensteuer ist ein Auslaufmodell. Haben 1990 noch 12 OECD-Staaten eine Vermögensteuer erhoben sind es nunmehr nur noch vier OECD-Staaten mit einer allgemeinen Vermögensteuer. Weitere drei OECD-Länder haben nur eine Vermögensteuer entweder auf Privatvermögen oder ausschließlich auf Grundvermögen oder nur für juristische Personen.
- Die Schweiz wird immer wieder als Beispiel für eine Vermögensteuer genannt. Dabei wird oft übergangen, dass die Vermögensteuer die in weiten Teilen innerhalb der engeren Familie abgeschaffte Erbschaftsteuer ersetzt. Darüber hinaus wird die Vermögensteuer in den 26 Kantonen lediglich mit einem Durchschnittssatz i.H. von 0,4 Prozent erhoben; Tendenz fallend.
- Hinzu kommt, dass die Vermögensteuer im internationalen Steuerrecht durch ihren Rückzug in den Doppelbesteuerungsabkommen gar nicht mehr verhandelt wird. Sie könnte also für

grenzüberschreitend tätige Unternehmen leicht zu einer Doppelbesteuerungsfalle durch fehlende Freistellung oder Anrechnung werden.

- ▶ **Fazit: Vermögensteuer ist auf dem Rückzug und kann mangels ihrer Effektivität und Effizienz international als Auslaufmodell bezeichnet werden.**



6. Wie wird die Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuer ermittelt (Bewertungsverfahren)? Verkehrswertorientierte Bewertung? Pauschale Erhebung?

- ◆ Die deutsche Vermögensteuer wurde zuletzt bei einem einheitlichen Steuertarif von einem Prozent auf das Gesamtvermögen nach unterschiedlichen Bewertungsverfahren berechnet.
- ◆ Die Vermögensteuer ist also eine Steuer auf das Gesamtvermögen eines Steuerpflichtigen. Einbezogen wird auch das Betriebsvermögen. Nach den Vorgaben des BVerfG müsste die Bewertung zu Verkehrswerten und damit zu einer immer wiederkehrenden Neubewertung aller Vermögensgegenstände und Vermögenswerte erfolgen. Hierbei werden jedoch Veräußerungseinschränkungen und -verbote nicht wertmindernd berücksichtigt, so dass es gerade beim Betriebsvermögen, insbesondere bei familiengeführten und mittelständischen Unternehmen zu deutlichen Überbewertungen kommen würde.

- ▶ **Fazit: Eine aufwändige und streitanfällige, jährlich wiederkehrende Bewertung nach Verkehrswerten aller Vermögenswerte und Vermögensgegenstände wäre erforderlich.**



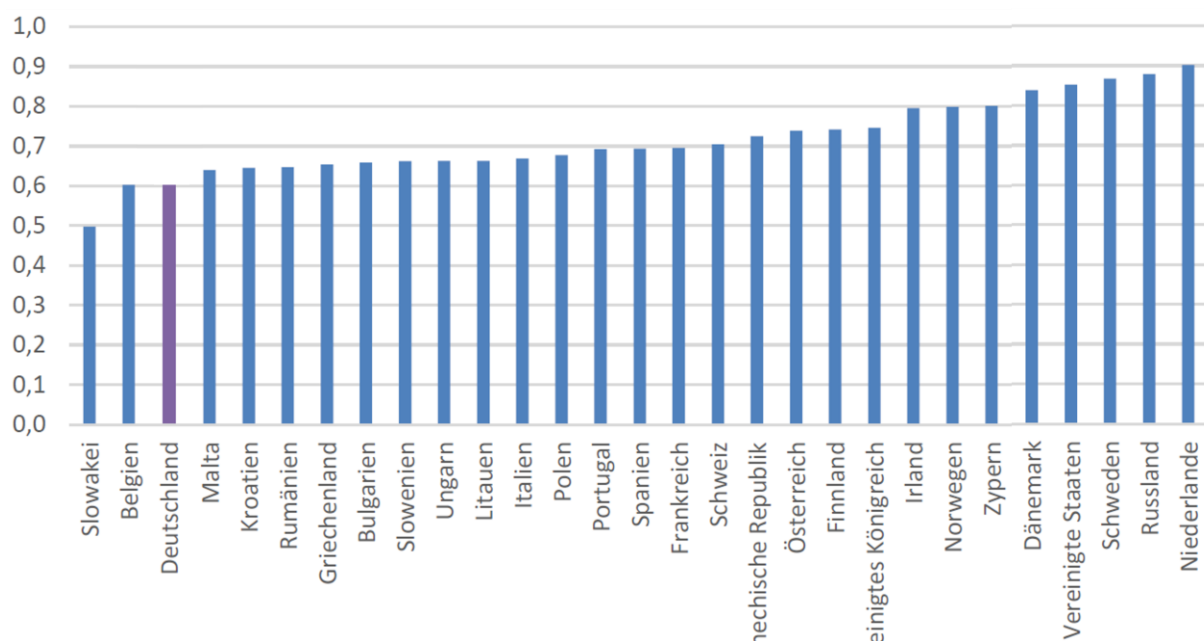
7. Was sind die wesentlichen Gründe, die für die Wiedererhebung der Vermögensteuer angeführt werden?

- ◆ Kritisiert wird, wie die Vermögen in Deutschland verteilt sind. Um dies zu beurteilen, wird regelmäßig der sog. Gini-Koeffizient angeführt. Dieser ist eine statistische Größe, die zur Darstellung von sozialen Ungleichheiten verwendet wird. Er berücksichtigt die verschiedenen Einkommensbezüge und Vermögenswerte von Personen unterschiedlicher sozialer Schichten, um daraus ein Maß für Ungleichheit in einer Gesellschaft abzubilden. Dabei bewegt sich der Wert immer zwischen 0 und 1, wobei 0 für die gleichmäßige Verteilung steht und 1 die maximale Ungleichverteilung abbildet. Jedoch zeigt eine jüngst veröffentlichte IW-Studie, dass hierbei bisher fälschlicherweise die sozialen Sicherungssysteme und Leistungen nicht berücksichtigt werden. Nicht die tatsächlichen Vermögensverhältnisse werden somit dargestellt, sondern ein beachtlicher Vermögensanteil durch gesetzliche Sicherungssysteme wird nicht berücksichtigt. So weist die IW-Studie nach, dass die Verteilung der Nettovermögen erheblich ausgewogener ist, wenn bei den Vermögen auch die individuellen Ansprüche gegenüber den drei Säulen der Alterssicherung (gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge) berücksichtigt würden. Bei

Berücksichtigung der Alterssicherung sinkt der Gini-Koeffizient durch die Erweiterung um die Vermögensäquivalente aus der Altersvorsorge von knapp 0,8 auf rund 0,6. Deutschland gehört demnach zu den Ländern mit einer vergleichsweise sehr ausgewogenen Vermögensverteilung. Im internationalen Vergleich haben nach der IW-Studie nur noch die Slowakei eine noch ausgewogenere Vermögensverteilung. [vgl. Abbildung weiter unten] Allein die Berücksichtigung der Rentenansprüche führt dazu, dass die Vermögensungleichheit um 22 Prozent sinkt. Dies zeigt, dass die Sicherungssysteme in der Diskussion über die Vermögensverteilung zu beachten sind, um auf einer sachlich fundierten Grundlage Handlungsoptionen zu prüfen.

- ◆ Darüber hinaus wird gebundenes und nicht realisierungsfähiges Kapital, insbesondere in Unternehmen gebundenes Kapital, überbewertet und führt zu so zu einer nicht realen geringeren Verteilungsgerechtigkeit.

Nettovermögensungleichheit im internationalen Vergleich, Gini-Koeffizient, 2019



Quelle: Credit Suisse Global Databook, 2019 und eigene Darstellung

- ▶ **Fazit: Werden richtigerweise die ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme bei der Vermögensverteilung berücksichtigt, zählt Deutschland im internationalen Vergleich zu den Ländern mit einer ausgewogenen Vermögensverteilung.**



8. Ist das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit bei den erhobenen Steuern gewahrt?

- Die Verteilung der Einkommen gilt dann als gerecht, wenn die Individuen einer Gesellschaft nach ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit ihren Beitrag an den Staatshaushalt leisten.
- Die steuerpolitische Forderung, dass starke Schultern mehr tragen als schwache, ist bereits erfüllt. Denn die oberen 10 Prozent der Einkommensteuerzahler kommen für fast 55 Prozent des Gesamtaufkommens der Lohn- und Einkommensteuer auf. Die untere Hälfte hingegen trägt hingegen nur 6 Prozent und das untere Viertel gerade einmal 0,4 Prozent zum Aufkommen bei (Quelle: BMF 2019).

► **Fazit: Einkommensstarke tragen bereits einen überproportional hohen Anteil der aufkommensstarken Einkommensteuern: Die oberen 10 Prozent der Einkommensteuerzahlen tragen weit über 50 Prozent des Aufkommens.**



9. Wie hoch ist die Belastung für die Unternehmen?

- Eine Vermögensteuer kann nur gleichmäßig alle Vermögensarten einbeziehen und würde insofern nicht nur privates, sondern auch insbesondere betriebliches Vermögen treffen. Dadurch würde sich die Steuerbelastung im Unternehmensbereich massiv erhöhen. Ein Prozent Vermögensteuer hat denselben Belastungseffekt wie eine Erhöhung der Körperschaftsteuer um 10 Prozentpunkte; in Abhängigkeit der Unternehmensgröße, Rendite und verpflichtende Bewertungsverfahren würden sich sogar doppelt so hohe Belastungen ergeben. Dabei zählt Deutschland im internationalen Vergleich bereits heute zu den Hochsteuerländern für Unternehmen. Eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent würde die im internationalen Vergleich bereits sehr hohe Unternehmensteuerbelastung in Deutschland von rund 31 auf weit über 40 Prozent allein auf Unternehmensebene erhöhen und zu einer Gesamtbelastung von rund 60 Prozent führen. Im internationalen Vergleich hat kein Industrieland eine ähnlich vergleichbare hohe Belastung.

► **Fazit: Schon eine einprozentige Vermögensteuer führt dazu, dass die Körperschaftsteuerbelastung um etwa ein Drittel steigt! Siehe Kurzvideo**



10. Welche Unternehmen würde eine Vermögensteuer am härtesten treffen?

- In Deutschland gibt es insgesamt rund 3,48 Millionen Unternehmen, die jedes Jahr neu bewertet werden müssten. Die meisten davon sind kleine und mittelständische

Unternehmen. Eine Vermögensteuer bedeutet gerade für diese KMU eine unverhältnismäßig hohe Belastung mit Ermittlungs- und Bewertungsaufwand, die firmenintern keine entsprechenden Kapazitäten haben. Sie müssten diese Leistungen über Berater teuer einkaufen.

- ▶ **Fazit: Eine Vermögensteuer belastet gerade familiengeführte und mittelständische Unternehmen überproportional.**



11. Wie hoch werden die Ermittlungs- und Verfahrenskosten der Vermögensteuer geschätzt?

- ◆ Bei einer Vermögensteuer sind die Erhebungskosten unverhältnismäßig hoch. Die aufwändige Bewertung von Betriebsvermögen steht Jahr für Jahr an. In einer IW-Studie wurden die Erhebungs- und Befolgungskosten für Steuerverwaltung und Steuerpflichtige in Höhe von 20 Prozent des Aufkommens taxiert.

- ▶ **Fazit: Aufgrund des Erfordernisses der verkehrswertorientierten Bewertung würde die Vermögensteuer zu einem Missverhältnis zwischen Erhebungskosten und Aufkommen führen.**



12. Belastet die Vermögensteuer die Erträge oder die Substanz des Vermögens?

- ◆ Die Vermögensteuer wird unabhängig von den ertragsteuerlichen Gewinnen erhoben. Damit ist sie eine Substanzsteuer. Denn die Belastung tritt auch bei geringen Gewinnen oder sogar Verlusten ein. In der Folge hat die Vermögensteuer für die Unternehmen insbesondere in Investitionsphasen und Krisen besonders negativ belastende Wirkung.

- ▶ **Fazit: Die Vermögensteuer ist gewinnunabhängig und besteuert auch die Substanz. Sie hat damit eine negative Wirkung für Investoren und hemmt darüber hinaus unternehmenseigene Investitionen.**



13. Wie hoch ist die Belastung mit Vermögensteuern im internationalen Vergleich?

- ◆ Die in der politischen Debatte stehende Vermögensteuer ist die sogenannte Nettovermögensteuer. Daneben gibt es weitere vermögensbezogene Steuern wie die Grundsteuer und die Erbschaft- und Schenkungsteuer. Diese werden in Deutschland bereits

erhoben, während andere Länder wie die Schweiz die Erbschaftsteuer weitestgehend abgeschafft haben. Großbritannien hingegen finanziert über eine vermögensbezogene Grundsteuer Staatsausgaben, die in Deutschland über öffentlichen Abgaben und Lasten zusätzlich finanziert werden (Anschluss- und Benutzungsgebühren). Die Vermögensteuer muss also mit den vermögensbezogenen Steuern zusammen betrachtet werden, um ein vernünftiges vergleichbares Bild im internationalen Vergleich ziehen zu können.

- ◆ Die Nettovermögensteuer ist die Ausnahme in den OECD-Ländern.
- ▶ **Fazit: Für einen aussagekräftigen Vergleich müssen alle vermögensbezogenen Belastungen einbezogen werden. Der Blick darf nicht nur isoliert auf die Vermögensteuer gerichtet sein. Betrachtet man alle vermögensbezogenen Steuern zusammen, wird die hohe Belastung in Deutschland sichtbar.**



14. Welche Signalwirkung hat eine Vermögensteuer für den Standort Deutschland?

- ◆ Als großes OECD-Land ist Deutschland grundsätzlich interessant für Investoren. Insbesondere für internationale Investoren ist die Steuerbelastung ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung für oder gegen eine Investition in Deutschland. Berücksichtigt man, dass die Vermögensteuer überall auf dem Rückzug ist, hat sie eine besonders herausragende Signalwirkung. Zudem wirkt sie sich als Substanzsteuer investitionsfeindlich aus, weil je wertvoller das Unternehmen, desto höher die Steuerbelastung ausfällt. Eine Investition verstärkt diese Auswirkung, indem sie das Betriebsvermögen erhöht und dadurch die Vermögensteuer steigt. Das schwächt die Investitionskraft und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen. In diesem Sinne geht auch für die Investoren eine negative Signalwirkung aus.
- ▶ **Fazit: Eine Vermögensteuer hat eine investitionsschädliche Signalwirkung insbesondere für internationale Investoren und unternehmenseigene Investitionen und schadet dem Standort Deutschland.**